

Haushaltsrede der Grünen Ruth Birkle für die Fraktion Grüne/Neue Köpfe vom Dienstag, 19. Dezember 2023

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick, Herr Bürgermeister Glaser und sehr geehrte Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

Im Haushaltsjahr 2024 geht auch wieder eine Amtszeit des Gemeinderats zu Ende. Es ist sicherlich nicht übertrieben, zu sagen, dass uns diese Amtszeit besonders herausgefordert hat.

Der Wirtschaftsabschluss des vergangenen Jahrs fiel immerhin – wieder einmal – besser aus als erwartet. Doch die Zinsen und die Baukosten steigen und das ändert auch für städtische Projekte einiges. Und wie immer muss die Kommune sparen und soll doch ihre Aufgaben bestens und immer besser erfüllen.

Vieles ist dabei beim Alten geblieben ist und wir sehen uns gezwungen, Ihnen heute Wiederholungen aufzutischen. – neben der bereits erwähnten altbekannten Suche nach Einsparmöglichkeiten.

Auf der Tagesordnung bleibt das Thema Umstellung der Energieversorgung. Bruchsal ist bei der Wärmeleitplanung vorbildlich, doch die Umsetzung geht schleppend. Die Planung des Ausbaus der Photovoltaik Anlagen auf städtischen Dächern begrüßen wir ausdrücklich. Ebenso begrüßen wir den geplanten Ausbau der Windkraft und unterstützen selbstverständlich den Ausbau der Geothermie-Nutzung. Diese greift kaum ins Stadt- und Landschaftsbild ein – optisch ist sie sozusagen die unsichtbarste erneuerbare Energiequelle, das gibt ihr zur Zeit eine gewisse Akzeptanz. Doch auch sie ist nicht kostenlos: Die Nutzung der Geothermie benötigt ein neues und eigenes, damit auch teures Leitungsnetz. Interessant ist dabei, dass in Bruchsal in den früheren Jahren bei der Geothermie Nutzung daran gearbeitet wurde, mit dem heißen Wasser Strom zu erzeugen. Schade, dass die Gelder, die auch Bruchsal selbst in diese Forschungsanlagen investiert hat, so wenig Erfolg gebracht haben.

Wir werden also leider nicht nur Stromkabel verlegen, sondern ein neues und entsprechend teures Fernwärmeleitungsnetzes ausbauen müssen.

Im Schneckentempo entwickelt sich die Stadt für diejenigen, die von der Autonutzung im Stadtbereich wegkommen wollen. Viele Geh- und Radwege sind zu schmal, schräg, löchrig, zugeparkt oder zugestellt mit Mülltonnen, Verkehrszeichen oder auch Plakaten. Hier wünschen wir nebenbei der präzisierten Plakatier-Richtlinie viel Erfolg im kommenden Wahlkampf.

Der Bahnhof, die Verkehrs- Drehscheibe, kämpft weiter mit Problemen. Die Benutzung der Unterführung bleibt ein Lotteriespiel, egal ob mit Rollstuhl, Kinderwagen oder Fahrrad – funktionieren die Aufzüge oder nicht? Oder wie lange muss ich Schlange stehen, bis ich in den Aufzug einsteigen kann? Wir sollten bei weiteren Planungen dazu lernen und ernsthaft über Rampen nachdenken: sie sind im Gegensatz zu Aufzügen immer und auch bei Stromausfall mit Rollstuhl, Rad und Kinderwagen benutzbar.

Bedauerlich ist, dass der neue zentrale Omnibusbahnhof nicht mit Solardächern überdacht wird. Ebenso bedauerlich ist, dass die Verlängerung der Straßenbahn S2 von Stutensee über Bruchsal nach Waghäusel nicht vorankommt. Leider war in Bruchsal die Begeisterung für Straßenbahnen schon immer gering – schon damals, als das Einschleifen der Stadtbahn aus Bruchsal in die Karlsruher Innenstadt lebhaft bekämpft wurde, weil sie angeblich Kaufkraft aus Bruchsal abziehen würde. Doch überall dort, wo ein schienengebundener Verkehr angeboten wird, wird das Angebot gerne angenommen. Busse sind Fahrzeuge für die letzte Meile, nicht für Überlandfahrten. Auch hier muss umgedacht werden.

Bleiben wir bei den Wiederholungen: Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass neben Fußwegen echte Radwege gebaut werden: Richtungstreu und breit genug für Lastenfahräder. Multifunktionale Randstreifen auf nur einer Straßenseite machen allen, die aus dem Auto aussteigen, Probleme.

Nach dem Sparen bei den Dächern des Omnibusbahnhofs wurde weiter nach Einsparpotential gesucht:

Dabei wird das Sparpotential gerne im sozialen Bereich entdeckt. Zum Beispiel bei der Flüchtlingsunterbringung. Die Betreuung von 450 Menschen in Anschlussunterbring in ca 47 über die Stadt verteilten Räumlichkeiten benötigt mehr als eine Stelle. Dabei ist der Belegungsgrad je nach momentaner Lage mit mindestens 85 % – 90 % in Bruchsal hoch. Eine 100% tige Belegung gibt es nirgends: So passgenau sind Zuschnitte der Wohnungen nie und auch nicht alle Flüchtlinge sind nicht nur Singles, die beliebig kombinierbar untergebracht werden könnten. Genau hingeschaut geht es um eine Grundsatzfrage: Erfüllt Bruchsal vorsehend die angeforderten Plätze – mit der Gefahr,

auch einmal freie Plätze zu haben – oder wartet die Stadt, bis Plätze fehlen, um dann in einer Notsituation städtische Einrichtungen suchen zu müssen? Das will genau überlegt sein! Und auch hier gilt: Wer zu sehr spart, zahlt am Ende drauf oder handelt sich großen Ärger ein.

Zu dem Thema Flüchtlingsunterbringung kommen Unterbringung und Betreuung obdachloser und auch psychisch kranker Menschen. Dabei kann eine kluge Sozialberatung manche Probleme auffangen, allerdings benötigt die Betreuung von Menschen eben vor allem entlohnte Arbeitskraft, kein Ehrenamt. Wir danken an dieser Stelle Frau Strauß und Herrn Kern mit ihren MitarbeiterInnen für die geleistete Arbeit. Stellensparvorschläge tragen wir auf keinen Fall mit.

Die nächste Herausforderung bleibt die Kinderbetreuung. Jeder Kindergartenneubau ist bei der Eröffnung bereits zu klein. Die Stadt investiert in Bau und Betreuungskosten: Sie finanziert die neuen Kindergärten sowie neue Gruppen zu annähernd 100 %. Leider fehlt bis heute eine faktenbasierte Entscheidung für einen kommunalen Kindergarten, d.h. wir werden nicht nachlassen, bei dem nächsten Kindergarten eine kommunale Einrichtung zu fordern und dabei auch die Kosten der Träger genau zu betrachten.